

Stärkung der Innenstädte: BFW Mitteldeutschland fordert eine konzentrierte Ausrichtung des Stadtumbau Ost

Landesverband Mitteldeutschland e. V.

Anlässlich des am 9. September 2008 in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt stattgefundenen Parlamentarischen Frühstücks forderte der BFW Mitteldeutschland eine veränderte Ausrichtung des Stadtumbauprogramms Ost.

„Bislang ist das Programm hauptsächlich auf den Abriss von Plattenbauten ausgerichtet gewesen“, sagte der Vorstand für Thüringen Udo Schwieren in seinen Eröffnungsworten. Wichtiger sei es, die Mittel für die Sanierung von Innenstädten einzusetzen und damit die Innenstädte zu stärken, indem beispielsweise denkmalgeschützte Häuser fachgerecht saniert werden. Chancen zu „einer gezielten Förderung des Mittelstands“ sieht der Landesverband bei Projekten, bei denen öffentliche und private Hand in Form von PPP zusammenarbeiten. Dafür sei es jedoch wichtig, dass die Projektgrößen auf die mittelständische Wirtschaft zugeschnitten würden. Sei das Investitionsvolumen zu groß, könne der ortsansässige Mittelstand diese Projekte nicht stemmen.

Vor allem an PPP-Projekten zeigten sich die geladenen Politiker interessiert. Allerdings sei es schwer, sie so zu organisieren, dass auch die heimische Bauwirtschaft von ihnen profitiere, äußerte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Hartmut Schubert. Das Problem: Soll die Sanierung von Schulen oder Kindergärten oder anderen öffentlichen Gebäuden mehr als fünf Millionen Euro kosten, so muss sie europaweit ausgeschrieben werden. Regionale Unternehmen haben dann meistens in diesem Zusammenhang das Nachsehen und die Aufträge erhalten andere. „Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken und diskutieren, welche Modelle wir entwickeln können, damit der ortsansässige Mittelstand vom Sanierungsbedarf profitiert“, ergänzte der BFW Landesgeschäftsführer Steffen Bieder. Die Kosteneinsparung für die öffentlichen Haushalte sei eines der wichtigsten Argumente gegenüber herkömmlichen Betreibermodellen, PPP zukünftig verstärkt zu fokussieren.

Michael Schneider, Vorstand der Thüringer Aufbaubank und Staatssekretär a. D., zog eine Bilanz, wie Förderprogramme für mehr Wohneigentum angenommen werden. Seit 2004 seien 30 Millionen Euro in die Förderung von 660 Neubauten privater Bauherren und in die Sanierung von 110 Häusern geflossen. Beim Familienbaudarlehen gewährt die Thüringer Aufbaubank einen Teil der Baukosten zu günstigen Konditionen (30 Prozent), den Rest müssen die Familien über die Hausbank finanzieren (50 Prozent) und als Eigenanteil (20 Prozent) aufbringen. Familien, die



Michael Schneider, Vorstand Thüringer Aufbaubank und Staatssekretär a. D.

die Einkommensgrenzen nicht überschreiten (z. B. Vier-Personen-Haushalt: 60.100 Euro im Jahr), kommen in den Genuss dieser Förderung. „Das ist ein aktiver Beitrag, um die Menschen im Land zu halten“, sagte der Vorstand der Thüringer Aufbaubank Michael Schneider. Der BFW Mitteldeutschland forderte, dass diese Programme zukünftig

mehr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und insbesondere von den finanzierenden Hausbanken der Finanzierungsvorteil auch mit durchgereicht werden müsse.

Ein interessanter Aspekt der Diskussion war, dass der Freistaat Thüringen mit einer Wohneigentumsquote von 42 Prozent das Niveau von Baden-Württemberg bereits erreicht hat, obwohl die Nachfrage nach den eigenen vier Wänden ungebrochen ist. Nach Ansicht des Branchenverbandes ist in Thüringen der Wunsch nach Wohneigentum weit verbreitet. Eine sinkende Einwohnerzahl sei kein Grund für eine sinkende Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern. Nach Auffassung des Verbandes sei bis zum Jahr 2020 noch mit einer steigenden Nachfrage nach Wohneigentum zu rechnen, bevor dann die geburtenschwachen Jahrgänge nach 1990 einsetzen.

Im großen Umfang hat sich die Thüringer Aufbaubank in den zurückliegenden Jahren auch im Mietwohnungsbau in Thüringen engagiert. Seit 1998 flossen hier rund 670 Millionen Euro als Kredite, mit deren Hilfe 34 200 Wohnungen modernisiert oder neugebaut wurden. Der massenhafte Leerstand von Wohnungen sei reduziert und liege heute nur noch bei etwa 10 Prozent des Bestandes.

Eine altersgerechte Sanierung von Wohnungen mahnte die Thüringer Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski an. Immer mehr ältere Menschen wollten in den Städten sozial integriert bleiben und keine Heimplätze nutzen, sagte die CDU-Politikerin. Der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion und Vorsitzender des Bauausschusses des Landtags Thüringen Siegfried Wetzels sprach sich positiv zu den Ergebnissen der Diskussion aus und forderte den BFW Mitteldeutschland auf, diese Veranstaltung turnusmäßig abzuhalten und die Politik über die Probleme und möglichen Lösungsansätze der Branche zu informieren. Der Einladung zum Parlamentarischen Frühstück war eine Vielzahl von Parlamentariern aller im Thüringer Landtag vertretenen Parteien gefolgt, die – im Vergleich zu der Möglichkeit des Parlamentarischen Abends – lobend erwähnten, dass man im Anschluss an eine solche morgendliche Veranstaltung die Arbeit im Landtag und in den Ausschüssen, bestückt mit wichtigen Informationen, aufnehmen könne. ■